Medienmitteilung vom 23. April 2026

Starre Bevölkerungsgrenze gefährdet die Gesundheitsversorgung

LAUSANNE / BERN **Die Initiative „Keine 10-Millionen-Schweiz“ (Chaos-Initiative) ist eine Gefahr für die Patientinnen und Patienten. Das Schweizer Gesundheitswesen ist auf Fachkräfte aus dem Ausland angewiesen. Die starre Deckelung hätte eine schlechtere Versorgung, längere Wartezeiten und höhere Kosten zur Folge. Die qualitativ hochstehende Gesundheitsversorgung ist durch die Initiative gefährdet. Die Gesundheitsverbände warnen vor den Folgen der extremen SVP-Initiative.**

Das „Gesundheitskomitee gegen die Chaos-Initiative“ hat heute in Lausanne seine Argumente präsentiert. Dem Bündnis gehören die grossen Akteure wie H+ Ihre Spitäler, Spitex Schweiz, ARTISET mit dem Branchenverband CURAVIVA, Physioswiss und der Berufsverband der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner SBK ASI an. Auch spezialisierte Verbände wie ospita Die Schweizer Gesundheitsunternehmen, palliative.ch sowie die Vereinigung der Kinder- und Jugendärzt:innen Zürich haben sich dem Komitee angeschlossen. Gemeinsam warnen die Organisationen vor gefährlichen Versorgungslücken.

Längere Wartezeiten für Patientinnen und Patienten

Die stetige Alterung der Schweizer Bevölkerung und der gleichzeitige Rückgang der Erwerbsbevölkerung werden unweigerlich zu einem noch spürbareren Personalmangel führen. Die Sicherstellung einer qualitativ guten Versorgung ist dadurch zunehmend gefährdet. Da zudem ältere Menschen mehr Pflege und medizinische Leistungen beanspruchen, ist das Gesundheitswesen in Zukunft zwingend auf Zuwanderung in den Arbeitsmarkt angewiesen. Die Erbringung von Betreuungsleistungen für diese Menschen benötigt ebenfalls mehr qualifiziertes Personal. Ohne Fachkräfte aus dem Ausland könnten Spitäler, Geburtshäuser, Pflegeheime, soziale Institutionen und die Spitex ihren Auftrag nicht mehr erfüllen. Das bedeutet für die ganze Bevölkerung: eingeschränkter Zugang zu Behandlungen, weniger Termine und längere Wartezeiten.

Grenzregionen und ländliche Gebiete besonders betroffen

Besonders kritisch ist die Lage in den Grenzregionen. In Basel besitzen fast 40 % der Spitalbeschäftigten einen EU-Pass. Im Tessin haben 70 % der Ärztinnen und Ärzte einen ausländischen Abschluss, in der Genferseeregion verfügt über die Hälfte des Pflegepersonals über ein ausländisches Diplom. Das Ende der Personenfreizügigkeit würde die Rückkehr zu staatlichen Kontingenten bedeuten – ein bürokratischer Verteilungskampf zwischen Branchen und Kantonen wäre die Folge. Vor allem ländliche Gebiete und kleinere Betriebe würden gegenüber den grossen Zentren unterliegen.

Personalmangel gefährdet die Patientensicherheit

Fehlen qualifizierte Fachkräfte, ist das verbleibende Personal überlastet. Das gefährdet die Patientensicherheit direkt. Wenn Dienste unzureichend abgedeckt oder minderqualifiziert besetzt sind, steigt auch das Sterberisiko, besonders in Notsituationen. Grossbritannien dient hier als Mahnmal: Nach dem Brexit führte der Mangel an EU-Pflegekräften in England zu jährlich rund 1'500 zusätzlichen Todesfällen, weil Kliniken auf weniger qualifiziertes Personal ausweichen mussten.

Steigende Kosten für alle Versicherten

Letztlich belastet die Initiative die Versicherten gleich doppelt. Einerseits treiben der bürokratische Aufwand für Inländervorrang-Nachweise und die erschwerte Personalsuche die Gesundheitskosten indirekt in die Höhe. Andererseits fehlen ohne Zuwanderung in den Arbeitsmarkt die Nettozahlerinnen und -zahler. Diese jungen meist gesunden Erwerbstätigen sind für das Versicherungssystem essenziell, um die Behandlungskosten der älteren Generation mitzufinanzieren. Fallen sie als Beitragszahlende weg, steigen die Krankenkassenprämien für alle weiter an.

Komitee "Nein zum Versorgungs-Chaos": H+ Ihre Spitäler, Spitex Schweiz, ARTISET / CURAVIVA, SBK ASI, Physioswiss, ospita, palliative.ch, vkjz

Co-Präsidium

- Patrick Hässig, Nationalrat GLP ZH
- Farah Rumy, Nationalrätin SP SO
- Ursula Zybach, Nationalrätin SP BE
- Regine Sauter, Nationalrätin FDP ZH
- Laurent Wehrli, Conseiller national PLR VD
- Johanna Gapany, Coseillère aux États PLR FR
- Manuela Weichelt, Nationalrätin GRÜNE ZG
- Léonore Porchet, Conseillère nationale Les Vert·e·s VD
- Benjamin Roduit, Conseiller national Le Centre VS
- Christian Lohr, Nationalrat Die Mitte TG

Koordination: roland.siegenthaler@bertakomm.ch, 079 372 77 05